

# BESCHLUSS

---

des Präsidiums der FDP, Berlin, 16. Januar 2023

---

## Für einen starken und effektiven Rechtsstaat gegen Clankriminalität

Laut Lagebild des Bundeskriminalamtes (BKA) haben sich die Aktivitäten krimineller Clans in Deutschland punktuell verfestigt. Der Raub im Grünen Gewölbe oder der Einbruch in das Bode-Museum sind die prominentesten Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit. Sie zeigen aber lediglich einen kleinen Teil des beträchtlichen Problems. Straftaten von Mitgliedern krimineller Clans beschränken sich nicht nur auf Raubdelikte. Auch Drogendelikte, Geldwäsche, Körperverletzung, Erpressung und Tötungsdelikte gehen auf das Konto von Clankriminellen. Sie zeigen dabei eine außerordentliche Gewaltbereitschaft und lehnen den Rechtsstaat in einer besonderen Weise ab. Ihr medial aggressives Auftreten trägt zusätzlich zu einem abnehmenden Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung bei. Sogar Verbindungen zwischen Organisierter Kriminalität und dem internationalen Terrorismus sind den deutschen Sicherheitsbehörden bekannt. Besonders groß ist das Problem in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bremen und Berlin (sogenannte Schwerpunkt-Bundesländer). Etwa in Berlin gab es im Jahr 2021 aber lediglich 70 Verfahren gegen Kriminelle aus dem Clan-Milieu. Zuletzt wurde dort sogar eine Ermittlung durch eine Stadträtin der Linken bewusst verhindert. In Nordrhein-Westfalen waren es mit FDP-Regierungsbeteiligung 2021 immerhin 140 Verfahren mit einem klaren Fokus auf das Ruhrgebiet. Ob dieser konsequente Kurs jetzt von der schwarz-grünen Koalition in Düsseldorf fortgesetzt wird, bleibt abzuwarten. Die NRW-Grünen wollen das polizeiliche Lagebild „Clankriminalität NRW“ sogar abschaffen. Kriminellen Geschäften der Clans muss der Rechtsstaat allerdings mit aller Härte entschlossen entgegentreten. Eine konsequente, regelmäßige und auch kleinteilige Kontrolle von Clan-Aktivitäten ist notwendig. Unsere Sicherheitsbehörden müssen für ihre Arbeit politische Rückendeckung bekommen. Deshalb fordern wir Freie Demokraten:

- Eine schnelle und konsequente Umsetzung der im Koalitionsvertrag beschlossenen Punkte zur Bekämpfung der Clankriminalität. Wir müssen klarer herausstellen, dass wir die Bekämpfung von Clankriminalität zu einem Schwerpunkt in unseren Sicherheitsbehörden machen. Darunter fallen unter anderem bessere Strukturermittlungen und die Nutzung bestehender strafrechtlicher Möglichkeiten. Hierbei ist das Bundesministerium des Innern und für Heimat federführend. Das Bundesministerium der Finanzen hat mit einem Eckpunktepapier bereits einen verstärkten Kampf gegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung angekündigt.
- Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Bekämpfung Organisierter Kriminalität sowie Clankriminalität in den besonders betroffenen Bundesländern.

- Eine nachhaltige Bekämpfung von Clankriminalität durch das Auflösen von Parallelgesellschaften. Dazu müssen wir sozialräumliche Brennpunktgebiete aufbrechen, indem wir Aufstiegschancen eröffnen, Bildung und Integration auch in den Arbeitsmarkt fördern. Gemeinsame Präventionsveranstaltungen von Polizei, Ordnungsbehörden und Jugendämtern können ebenso zusätzliche Unterstützung leisten wie Resozialisierungsprogramme.
- Eine Erweiterung der Befugnisse von Jugendämtern, um bei Vorliegen krimineller Familienstrukturen Kindern ein Aufwachsen ohne Kriminalität und Gewalt zu ermöglichen. Dabei ist eine bessere personelle und technische Ausstattung von Jugendämtern unabdingbar.
- Mangelnde Deutschkenntnisse bei Kindern wollen wir schon vor dem Schuleintritt durch verpflichtende Sprachförderung beheben. Die Bildungschancen von Mädchen wollen wir besonders fördern und so auch die Gleichberechtigung von Frauen stärken.
- Eine konsequente Rückführung aller ausreisepflichtigen Asylbewerber. Insbesondere derjenigen, die im Kontext von Gewalt- und Clankriminalität straffällig geworden sind. Die Kooperation mit den jeweiligen Herkunftsstaaten muss dazu intensiviert werden.
- Eine Beschleunigung der Ermittlungsverfahren und Prozesse durch eine Verbesserung der Ausstattung von Ordnungsbehörden, Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz.
- Mehr Ressourcen und bessere Ausstattung für Polizistinnen und Polizisten. Dabei wollen wir die Sicherheitsbehörden insbesondere mithilfe Künstlicher Intelligenz und zentraler Plattformen unterstützen.
- Eine dauerhafte Schwerpunktbetrachtung von Clankriminalität im jährlichen Bundeslagebild des BKA zur Organisierten Kriminalität in Deutschland. Und eine Forcierung der Bekämpfung von Clankriminalität innerhalb der Organisierten Kriminalität nicht nur in den genannten Schwerpunkt-Bundesländern, sondern bundesweit und international.
- Ein verbessertes Monitoring, um die Unterwanderung von staatlichen Sicherheitskräften durch Mitglieder krimineller Clans besser zu erfassen.
- Eine bessere internationale Koordinierung und Zusammenarbeit, um effektiv gegen Mitglieder von kriminellen Clans vorgehen zu können. Auch eine intensivierte Zusammenarbeit von Zoll, Ausländerbehörden, Gewerbeaufsicht und Polizei ist zu begrüßen.
- Geeignete Aussteigerprogramme in den Ländern, insbesondere für Frauen und Kinder, die sich dem Einfluss krimineller Familienstrukturen entziehen wollen. Solche Programme existieren bereits für Aussteiger aus der rechtsextremen oder islamistischen Szene. Hierbei sind insbesondere die Landesinnenminister der jeweiligen Schwerpunkt-Bundesländer in der Pflicht.